

VORLAGE an:	GEMEINDERAT	AZ: 112.05 Bearbeiter: Frau Hofer
SITZUNG am:	04. Dezember 2017	Art: öffentlich
TOP :	Bericht des Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten und Festlegung der weiteren Vorgehensweise	

I. Sachverhalt:

Die Aufgaben des Integrationsmanagements für die in der Anschlussunterbringung (AU) lebenden Flüchtlinge und die der Gemeinde Maulburg zustehenden Fördermittel nach dem Pakt für Integration wurden für die Jahre 2017 und 2018 an den Landkreis übertragen. Die endgültige Verwaltungsvorschrift ist noch nicht erlassen, weshalb eine Rahmenvereinbarung zwischen Landkreis und den freien Trägern noch nicht erfolgte.

Zwischen der Verwaltung und der Caritas fand ein Gespräch statt. Voraussichtlich stehen Maulburg ca. 25 % Stellenanteil für das Integrationsmanagement zu. Betreut und berücksichtigt werden hier aber nur die Flüchtlinge, die im Zeitraum vom 01.01.2015 bis 29.02.2016 nach Baden-Württemberg zugezogen sind und sich zum Stichtag 15. September 2017 in der Anschlussunterbringung in der Gemeinde befinden. In Maulburg zählen hierzu 19 Flüchtlinge. Insgesamt befinden sich in der Gemeinde aber 32 Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung. Für die übrig bleibenden 13 Flüchtlinge wäre damit die Betreuung nicht abgedeckt, ebenso wenig für die ggf. künftig nachziehenden Familienangehörigen und weiteren zuziehenden AU-Flüchtlinge. **Für diese nicht vom Pakt erfassten Flüchtlinge sowie die Unterstützung und Koordination der ehrenamtlich Engagierten, werden weitere 25 % Stellenanteile benötigt, welche finanziell zu Lasten der Gemeinde fallen.**

II. Würdigung der Verwaltung:

Aus volkswirtschaftlicher Betrachtung ist das Integrationsmanagement für alle Flüchtlinge von gleicher Bedeutung, unabhängig davon, wann die Personen eingereist oder von der Stichtagsregelung erfasst sind. Für alle sollte das Prinzip des Förderns und Forderns gelten und eine bestmögliche Unterstützung sichergestellt werden, damit sie sich in unserer Gesellschaft zurechtfinden.

Des Weiteren leisten die ehrenamtlich Engagierten bei dem Integrationsprozess einen wesentlichen Beitrag. Deren Unterstützung ist weiterhin wichtig, damit das Engagement langfristig wirkt.

Bisher waren im Haushalt 25.200,- € für die Integration der Flüchtlinge und Koordination der Ehrenamtsarbeit eingestellt. Für das Jahr 2018 würden für die zusätzlich erforderlichen 25 % Stellenanteil sowie anfallenden Overhead Kosten an die Caritas insgesamt 18.000,- € (nicht gedeckt über die Fördermittel des Paktes) anfallen.

III. Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Caritas mit den Aufgaben des Integrationsmanagements für die Flüchtlinge, welche nicht vom Pakt für Integration erfasst sind und die Betreuung und Koordination der ehrenamtlich Engagierten mit 25 % Stellenanteil zu beauftragen. Die Mittel werden im Haushalt bereitgestellt.



S. Hofer
Hauptamt



J. Multner
Bürgermeister